

Weltrundschau : Amerika hat noch die Wahl ; China als Schreckgespenst ; Was für ein Europa? ; "Formierte Gesellschaft" ; England hat gewählt

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141130>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ghana vor dem Staatsstreich

In einem Brief an die «*Times*» vom 5. März schrieb *Thomas Hodgkin*, der Leitartikel der «*Times*» gebe ein irreführendes Bild der politischen Lage in Ghana vor dem militärischen coup d'état und von der Politik Dr. Nkrumahs. Nach vier Jahren ausgedehnter Reisen in Ghana sei er überzeugt, daß viele Leute in den Städten und Dörfern von Ghana keine Änderung des Regimes durch militärische Gewalt wünschten. «Natürlich kann Dr. Nkrumahs Regierung aus verschiedenen Gründen kritisiert werden», meinte er zum Schluß. «Es ist aber schade, daß so wenig auf die positiven Errungenschaften seines Regimes hingewiesen wurde. Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre ist hier eine Gesellschaft entstanden, in der rapide und begeisterte Fortschritte in der Erziehung wie auf anderen Gebieten gemacht wurden. Auch bemühte man sich, die Kräfte des Volkes so zu lenken, daß daraus eine Hebung der sozialen Sphäre sich ergab, so daß Leute der verschiedensten Einstellungen vernünftig miteinander verkehren können (was in wenig andern Ländern möglich ist) und das ist sicher kein schlechtes Zeichen.» Aus «*Africa Digest*», April 1966

Thomas Hodgkin war Direktor der Schule für afrikanische Studien an der Universität von Ghana. Sein Buch «*Nationalism in Colonial Africa*» erschien 1956. Seine Frau, *Dorothy Crowfoot Hodgkin*, erhielt 1964 den Nobelpreis für Chemie.

WELTRUNDSCHAU

Amerika hat noch die Wahl Die Verteidiger von *Amerikas Vietnamkrieg* haben es gegenwärtig streng, auch bei uns zulande. Politiker und Journalisten, Pfarrer und Lehrer und wer sonst ein Wort in der Öffentlichkeit zu sagen hat — sie alle wollen uns mit heißem Bemühen überzeugen, daß die Vereinigten Staaten das Recht, ja die heilige Menschheitspflicht hätten, die grundverdorbene Oberschicht von Südvietnam und ihre Militärdiktatur mit Geld und Militäreinsatz ohne Maß zu unterstützen, um die Welt an dieser entscheidenden «Freiheitsfront» vor dem chinesischen Kommunismus zu retten, auch wenn die Amerikaner gezwungen wären, zu diesem Zweck Volk und Land von Vietnam planmäßig zu vernichten. Aber leider werden wir von solchen Verteidigungs- und Beschönigungsreden weniger als je überzeugt. In der ganzen Welt steigt die Empörung gegen den ruchlosen Vietnamkrieg der USA und seine zynisch-unwahrhaftige Begründung. In den Vereinigten Staaten selbst dringt die Kritik an der unmöglichen Ostasienpolitik der Regie-

rung Johnson allmählich bis in die inneren Kreise der machthabenden «Elite» ein. Und in welcher Richtung sich die Stimmung in *Südvietnam* entwickelt, das kann man aus den Massenkundgebungen in Hué, Da Nang, Saigon und anderen Städten schließen, die nicht nur den Rücktritt der Militärregierung Ky, sondern mindestens teilweise auch den Abzug der amerikanischen Armee aus Vietnam forderten.

Daß Washington diese Bewegung mit Besorgnis betrachtet, ist selbstverständlich, verstärkt sie doch die Stellung der inneramerikanischen Opposition gegen den Vietnamkrieg nicht wenig und ist auf jeden Fall geeignet, vollends ganz die Propagandalüge zu zerstören, daß die Vereinigten Staaten die Freiheit des südvietnamesischen Volkes im Innern und nach außen verteidigten. Man kann ruhig sagen, daß die Mehrheit des Volkes von Südvietnam von *der* Freiheit, die Amerika meint, nichts wissen will, vielmehr mit der Selbstbestimmung im Inneren auch die Unabhängigkeit des Landes von *jeder* auswärtigen Beherrschung erstrebt, vor allem von der amerikanischen Unterstützung für das volksfeindliche Regime der kolonial-feudalistischen Schmarotzerklasse. Die mehr als unmenschliche Kriegführung der USA und die ganze, so unglaublich schmutzige Aufführung der amerikanischen Armeemitglieder mit ihrer herausfordernden Lebenshaltung, ihrem Bordellbetrieb und anderen abstoßenden Erscheinungen tun das Ihre, um die Kluft zwischen dem einfachen Volk von Südvietnam und den fremden «Befreiern» immer weiter und tiefer zu machen.

Das ist natürlich auch Wasser auf die Mühle der innerpolitischen Widersacher der Regierung Johnson. Diese weisen mit zunehmendem Nachdruck darauf hin, daß alle Truppenverstärkungen für Südvietnam und alle noch so massenhaften Luftangriffe auf Nordvietnam dem Krieg immer noch nicht die erhoffte entscheidende Wendung gegeben hätten. Je länger der Krieg dauere und je weiter er sich ausdehne — so heißt es beispielsweise in dem Bericht Senator Mansfields und seiner Kollegen über die Lage in Vietnam —, «um so größer wird die Spannung in den Beziehungen der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten im Fernen Osten wie in Europa»; ja es drohe sogar eine Ausdehnung des Konfliktes «in der Richtung eines allgemeinen Krieges auf dem asiatischen Festland», das heißt also eines Krieges zwischen Amerika und China.

Dabei ist der Bericht des Führers der Regierungspartei im Senat, der Mansfield ist, noch äußerst vorsichtig abgefaßt und keineswegs auf einen alarmierenden Ton gestimmt. Was die Zweifler in den Reihen der politischen Führungsgruppe tatsächlich denken und was nicht durch taktische Rücksichten gehemmte Warner auch aussprechen, ist wesentlich ernster und schärfer. Aber noch glaubt die Regierung Johnson alle Warnungen vor einem Weiterschreiten auf dem bisherigen Weg in den Wind schlagen zu können. Sie steht noch immer ganz im Bann der primitiven Scharfmacher, die an die Allmacht der Vereinigten Staaten glauben und darauf drängen, daß die amerikanische Krieg-

führung in Vietnam vollends alle Hemmungen fallen lasse. «Wenn eine Viertelmillion Truppen nicht genug ist, um den Sieg zu sichern, dann setzt eben eine halbe oder ganze Million ein — soviel wie jeweils nötig ist. Und wenn die Bombardierung von Nordvietnam zu keinem Ergebnis führt, dann dehnet halt die Angriffe auf Laos und Kambodscha und als letztes Mittel auf China selber aus. Das ist offenbar die strategische Lehre, die weiterhin die amerikanische Kriegführung in Vietnam beherrscht; und es wäre wirklichkeitswidrig, zu erwarten, daß sie sich in naher Zukunft wandeln werde . . . Was jetzt in Aussicht steht, das heißt was höchst wahrscheinlich ist, wenn der gegenwärtige Kurs fortgesetzt wird, das ist klarerweise die Mobilisierung und der Einsatz militärischer Kräfte auf dem asiatischen Festland in einem Größenmaß, das dem (amerikanischen) *Gesamtaufgebot* im Zweiten Weltkrieg vergleichbar ist.»

So sieht es die sozialistische «Monthly Review» (Neuyork, Märzheft) kommen, die noch weitergeht und voraussagt: «Das Opfer Nummer eins des Vietnamkriegs wird Lyndon B. Johnson sein. Ob er und die Miterbauer der amerikanischen Fernostpolitik (allen voran McNamara, Rusk und Bundy) die zu erwartenden Folgen ihres Tuns begreifen, spielt keine Rolle. Hier liegt ein klassischer Fall vor von ‚Schuldig, wenn sie’s tun, und schuldig, wenn sie’s nicht tun‘. Sie können nicht aus Vietnam abziehen, ohne tatsächlich zuzugeben, daß sie unrecht gehabt haben — tief, fürchterlich, katastrophal unrecht. Sie können aber auch ihren gegenwärtigen Kurs nicht fortsetzen, ohne das Land immer tiefer in einen allverheerenden asiatischen Krieg zu stürzen. In beiden Fällen wird sich ihre politische Führerschaft als Mißerfolg in einem Ausmaß erweisen, für das die Geschichte der Vereinigten Staaten kein Beispiel liefert.»

Es mag zwar noch ein paar Jahre gehen, bis es soweit ist (Ende 1968 ist wieder Präsidentenwahl), vorausgesetzt, daß ein Krieg mit China die Entwicklung nicht beschleunigt. Daß aber Johnson und seine Mannschaft auch von der oberen Politikerschicht nicht mehr uneingeschränkt als Führer zur Gipfelhöhe amerikanischer Weltmacht anerkannt werden, dafür gibt es schon jetzt Anzeichen. Eines davon ist, daß sogar die republikanische Parteileitung, die sich so lang in Goldwaterschem Scharfmachertum geübt hatte, auf einmal vorsichtig und mißtrauisch geworden zu sein scheint. Ein Bericht in der «New York Times» (2. Februar) sagt ganz offen, die republikanischen Parlamentsstrategen glaubten, daß Präsident Johnson bis 1968 in wachsende Schwierigkeiten mit seiner Kriegführung in Vietnam geraten könne. «Das Land werde dann vielleicht bereit sein, sich einem Republikaner zuzuwenden, genau wie es sich 1952 während des Koreakriegs zu Armeegeneral Dwight D. Eisenhower hingewendet habe. In diesem Fall schließen manche republikanische Strategen die Möglichkeit nicht aus, daß ihre Partei einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen würde, der wie Eisenhower verspräche, den Krieg durch Ver-

handlungen zu beenden.» Das mögen parteipolitische Spekulationen sein, die dem tatsächlichen Gang der Ereignisse vorgreifen. Aber daß sie überhaupt angestellt werden, ist schon bezeichnend genug und spricht nicht dafür, daß die herrschende Klasse Amerikas die Wirklichkeiten des Vietnamkrieges im gleichen Maß dauernd mißachtet, wie es unter dem Druck der militärischen Draufgänger und der Fanatiker des Kreuzzugs gegen den Kommunismus die Regierung Johnson immer noch tut. Noch hat zwar der geschäftsführende Ausschuß der kapitalistischen Führungsklasse, der sich gegenwärtig Demokratische Administration heißt, die Wahl zwischen Fortsetzung, ja Steigerung des Krieges mit der Gefahr eines Zusammenstoßes mit China (vielleicht auch mit der Sowjetunion) und einem Verhandlungsfrieden unter Bedingungen, die für das um seine nationale und soziale Selbstbestimmung kämpfende Volk Vietnams annehmbar wären, ohne daß die wirklichen Lebensinteressen der Vereinigten Staaten verletzt würden. Aber wer wagt mit einiger Sicherheit zu behaupten, daß man in Washington noch rechtzeitig den zweiten Weg einschlagen werde?

China als Schreckgespenst Der Augenschein spricht viel eher dafür, daß der Krieg in Vietnam mit all seinen Scheußlichkeiten weitergehen und vielleicht noch grausamere Formen annehmen wird als bisher. Von amerikanischer Seite wird zwar gern behauptet, daß es mit den Sachzerstörungen und der Vernichtung von Menschenleben in Vietnam gar nicht so schlimm sei. Der demokratische Abgeordnete Zablocki zum Beispiel meinte in einem Ausschußbericht, auf jeden getöteten Vietcong kämen «nur» zwei zivile Tote. Er gab aber doch zu, daß allein im Januar und Februar 1966 mehr als 14 000 Zivilisten in Vietnam umgebracht worden seien, und der Militärsachverständige der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» ,Weinstein, nimmt an, daß infolge der «flächendeckenden» Kriegführung der Amerikaner auf einen getöteten Vietcong sogar acht tote Zivilpersonen kommen. Fügt man dazu die Tatsache, daß auch in Südvietnam im Jahre 1965 rund 700 000 Hektaren Ernteflächen und mehr als die Hälfte des Viehbestandes vernichtet wurden, so kann man sich wenigstens annähernd eine Vorstellung vom heutigen Zustand des unglücklichen Landes machen, besonders wenn man noch die täglichen Verwüstungen hinzunimmt, die die amerikanische Luftwaffe in Nordvietnam bewirkt.

Wir hören zwar Amerikaner sagen, all diese Leiden, die sie Vietnams Volk zufügten, seien immer noch weniger schlimm, als wenn sie einen Krieg gegen *China* führen müßten. Aber auf einen solchen Krieg bereiten sie sich ja schon seit Jahr und Tag trotzdem mit größter Planmäßigkeit vor. Die Neuyorker «Newsweek» (31. Januar) beschreibt in aller Ausführlichkeit die riesigen militärischen Einrichtungen, die die Vereinigten Staaten im ganzen westpazifischen Raum, von Thailand bis Korea, aufgebaut hätten. «Die Militärplaner», so bemerkt die Zeit-

schrift, «betonen, daß die USA nicht die Absicht hätten, jemals einen großen konventionellen Krieg mit China zu führen — und in einem Atomkrieg würden wir China direkt vom amerikanischen Festland aus anpacken.» Trotzdem seien die Vereinigten Staaten aber entschlossen, unbedingt zu verhindern, daß China seine Vorherrschaft über ganz Südostasien ausdehne. «Und die immer weiter ausgreifende Kette von amerikanischen Stützpunkten in Asien warnt Peking, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, die amerikanischen Interessen in diesem Raum zu verteidigen, so wie sie diese verstehen und wo und wie immer sie bedroht werden mögen.» Okinawa und Guam, Japan (mit 150 amerikanischen Stützpunkten), Korea, die Philippinen, Taiwan und natürlich Vietnam — all diese Länder und Inseln trügen heute militärische Einrichtungen modernster Art, die zu nichts anderem als zur Vorbereitung auf einen allfälligen Krieg mit China dienen.

Dabei wird kein sachkundiger Beobachter der chinesischen Außenpolitik gutgläubig behaupten, daß den Nachbarn Chinas die Gefahr einer militärischen Unterwerfung unter die Pekinger Volksrepublik drohe. In Ergänzung zu dem, was an dieser Stelle schon so manches Mal gesagt wurde, sei auf einen Aufsatz hingewiesen, den schon im Juli letzten Jahres Dr. Malcolm Caldwell, Lehrer am Orientinstitut der Universität London, in der Zeitschrift des Königlichen Instituts für internationale Angelegenheiten veröffentlicht hat. Caldwell, der Süd- und Südostasien gut kennt, lehnt die Annahme von chinesischen Ausdehnungs- und Eroberungsabsichten ebenso wie die bekannte amerikanische «Domino-Theorie» entschieden ab. China, so sagt er, hat wesentlich nur Verteidigungskraft. «Ein Experte für Fragen der chinesischen Armee, der kürzlich gefragt wurde, ob China die Kapazität habe, seine Nachbarn anzugreifen, falls es diese Absicht habe, wies darauf hin, daß die chinesische Armee zu Fuß marschiert (nur 10 Prozent der Streitkräfte sollen motorisiert sein). Die Eisenbahn- und Straßenverbindungen sind immer noch sehr schwach entwickelt; nur sehr wenige Transportflugzeuge oder Truppentransporter stehen zur Verfügung. Man kann sich nicht vorstellen, wie China eine langanhaltende Okkupation eines Nachbarn durchführen und mit Nachschub versorgen könnte.»

Caldwell fügt hinzu: «Das Institute of Strategic Studies beurteilt China folgendermaßen: ‚China ist nicht in der Lage, den Status einer großen, ja nicht einmal einer mittleren Militärmacht geltend zu machen . . . Faktisch ist China wahrscheinlich das einzige Land auf der Welt, das keinerlei Zugang zur hochentwickelten Ausrüstung und zu Erfahrungsgrundlagen hat, die die führenden Militärmächte der Welt ständig einer ganzen Schar kleinerer Länder zur Verfügung stellen . . . Das impliziert das Vermeiden eines ernsthaften Konfliktes sowohl mit den Vereinigten Staaten als auch mit der Sowjetunion und eine absichtliche Zurückhaltung Chinas von allen Konfliktgebieten, die zu einem Weltkrieg führen könnten.‘»

«Zweifellos», so meint Caldwell, «gibt es Verbindungen zwischen der chinesischen Kommunistischen Partei und anderen asiatischen kommunistischen Parteien . . . aber sie sind spärlich und oberflächlich.» Er zitiert den Generalsekretär der Vereinten Nationen, der auf einer Pressekonferenz am 24. Februar 1965 unmißverständlich sagte, «daß es nicht einen einzigen Fall ausländischer Unterstützung für die burmesischen Kommunisten gibt, und dies, obgleich Burma eine über tausend Meilen lange Landgrenze mit China hat».

Es ist schwer, anzunehmen, daß angesichts solcher Feststellungen verantwortliche Staatsmänner in Asien im Ernst an eine chinesische Kriegsgefahr glauben. In *Indonesien* glaubt man sicher nicht daran; der dortige Chinesen- und Kommunistenhaß hat andere Gründe. Auch in *Indien* kann man es nicht tun, obwohl die Chinesen gewaltsam Gebiete zurückgenommen haben, die früher zu ihrem Reich gehörten, und obwohl China im Streit um Kaschmir seine Solidarität mit Pakistan neuerdings erklärt hat. Und daß man in den Vereinigten Staaten an einen chinesischen Eroberungs- und Ausdehnungsdrang glaube, davon kann erst recht keine Rede sein. Man fürchtet dort einfach, daß mit China als Vorbild der Kommunismus allmählich ganz Ost- und Südasien auf *friedliche* Art ergreifen werde, und sucht das mit Militärgewalt zu verhindern, nachdem der amerikanische Versuch, China in das amerikanische Weltsystem einzugliedern, nach dem Zweiten Weltkrieg völlig mißlungen ist. Daß er *jetzt* gelingen werde, ist eine für Amerika selbst lebensgefährliche Täuschung, aus der die Führungskreise der Vereinigten Staaten nicht schnell und gründlich genug erwachen können.

Was für ein Europa? Weil die Vereinigten Staaten so vollständig mit ihren asiatischen Wunschträumen beschäftigt sind, daß sie für irgend etwas anderes überhaupt keine Zeit, Kraft und Aufmerksamkeit mehr haben, kommt ihnen natürlich die durch de Gaulle heraufbeschworene *NATO-Krise* gerade jetzt höchst ungelegen. Europa, so hat man etwas übertreibend gesagt, sei zurzeit einfach kein Gesprächsgegenstand in Washington. Es gebe dort Politiker und Diplomaten, die stundenlang über die Provinzialregierung in Thailand oder die Landreform auf Formosa reden könnten, aber kaum eine Ahnung hätten, wie die Ministerpräsidenten oder Regierungsparteien der NATO-Staaten heißen. Und doch sollte man in Amerika eigentlich heilfroh sein, daß man nun Gelegenheit hat, wenigstens in *Europa* die zeitwidrige Belastung mit dem militärischen Kampf gegen den Kommunismus loszuwerden.

Gewiß, Herr de Gaulle springt mit den Amerikanern nicht gerade rücksichtsvoll um. Schon am ersten Juli dieses Jahres werden die französischen Besatzungstruppen in Westdeutschland dem NATO-Oberbefehl entzogen und alle französischen Militär- und Zivilpersonen aus den gemeinsamen Einrichtungen der NATO abberufen werden. Diese

Einrichtungen selbst müssen bis zum 31. März 1967 Frankreich verlassen haben. In Frankreich hat man es eben immer nur schwer vertragen, daß fremdes Militär sich auf französischem Boden eingenistet hat, und noch weniger, daß Franzosen, wenigstens der Form nach, wenn auch nicht immer auch tatsächlich, ausländischem Oberbefehl unterstellt sein sollten. Und jetzt macht de Gaulle endlich Schluß damit. Das nimmt man ihm in Washington, London, Bonn usw. sehr übel. Man rechnet ihm vor, daß allein der Wert der amerikanischen Militäranlagen in Frankreich 900 Millionen Dollar (also gegen vier Milliarden Schweizer Franken) ausmache. Außerdem gäben die 64 000 Amerikaner, die jetzt — Familienangehörige eingeschlossen — in Frankreich lebten, alljährlich ein schönes Stück Geld aus, abgesehen davon, daß die USA auch 16 000 französische Zivilangestellte beschäftigten. Das macht aber auf die Pariser Regierung offenbar ebenso wenig Eindruck wie die Klage, daß General de Gaulle recht eigenmächtig und einseitig handle. Man erwidert darauf kühl, daß die Vereinigten Staaten mindestens ebenso eigenmächtig vorgingen, wenn es in ihrem Interesse zu liegen scheine. Haben sie etwa die Franzosen oder andere Verbündete gefragt, als sie sich entschlossen, in Kuba, in Vietnam, im Kongo loszuschlagen? Es fiel ihnen so wenig ein, wie daß sie vom NATO-Hauptquartier aus letztthin die Pariser Regierung davon in Kenntnis setzten, daß hundert italienische Militärflugzeuge mit einem geheimnisvollen Ziel französischen Boden überfliegen würden. Und so weiter.

Man übersieht in den anderen NATO-Ländern auch oft, daß de Gaulle mit seinem Schlag gegen den westlichen Militärbund nicht zuletzt innerpolitische Zwecke verfolgt, glaubt er doch anscheinend, daß die NATO-Frage ein Zankapfel unter seinen Gegnern sein werde, wenn es gelte, auf die Parlamentswahlen von 1967 hin eine neue gaulistische Mehrheit mit der Losung von der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber Amerika zusammenzukriegen.

Was aber die Hauptsache ist: Die NATO als Militärbündnis zur Abwehr der «kommunistischen Gefahr aus dem Osten» ist einfach überlebt — wenn sie überhaupt jemals ein Lebensrecht hatte. Mag das Europa, das de Gaulle vor Augen hat, auch keineswegs das Europa sein, das unser alter Erdteil braucht, so gehört zu ihm doch die *Befreiung von der amerikanischen Vormundschaft* und die friedliche Zusammenarbeit des Westens und der Mitte Europas mit dem kommunistischen Osten. Darüber helfen alle beschwörenden Anrufe der westeuropäischen Solidarität gegenüber der «Drohung aus dem Osten» nicht hinweg. Und das hat de Gaulle immerhin begriffen. Auch in Amerika begreifen es immer mehr denkende Menschen, und man sollte meinen, daß allmählich sogar in den Regierungsämtern die Unmöglichkeit erkannt würde, in ein anständiges Verhältnis zur Sowjetunion zu kommen, solange man Westdeutschland als Sturmbock gegen den Osten aufrechterhält. Auch von einer friedlichen und dauerhaften

Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wird keine Rede sein können, ohne daß zuvor jede Möglichkeit ausgeschlossen wird, ein neues Gesamtdeutschland für die Umkrempelung der Landkarte Mittel- und Osteuropas einzusetzen.

In Bonn weiß man das nur zu genau — darum die Panik, in die man dort geraten ist, als es klar wurde, daß es de Gaulle mit der Absage an die NATO ernst ist. Denn daß die NATO ohne Frankreich für eine «Abrechnung» mit dem Osten nicht mehr viel wert ist, sprechen auch hohe amerikanische Militärführer, wie zum Beispiel General Max S. Johnson in einem Artikel der «US News & World Report», unumwunden aus. Vergebens legt man in Bonn einen «neuen» *Friedensplan* vor, wie das mit der an über hundert Regierungen auf dem ganzen Erdenrund verschickten Denkschrift des westdeutschen Kabinetts der Fall ist. Was die darin enthaltenen Vorschläge für atomare Abrüstung und Friedenssicherung wert sind, geht schon aus dem Umstand hervor, daß das Bonner Schriftstück nicht auch den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China übermittelt wurde. Was soll das anderes heißen, als daß man in Bonn Abrüstung und Friedenssicherung nicht *mit* Ostberlin und Peking, sondern *gegen* sie erreichen zu können glaubt, also gerade an demjenigen Kurs festhalten will, den endlich zu verlassen zu den vordringlichsten Aufgaben einer nicht in phantastischer Selbsttäuschung befangenen Weltpolitik gehört? Eine eigentümliche Abrüstungspolitik ist es auch, wenn die Bonner Regierung ausdrücklich die Möglichkeit offenläßt, daß die Bundesrepublik Zugang zur Verfügung über Atomwaffen erhält, auch in der Form des Erwerbes von Atomwaffen aus der Hand anderer Mächte, da ihr ja die Herstellung eigener Kernwaffen verboten ist. Was aber die Friedenssicherung in Europa betrifft, so liest man in der westdeutschen Denkschrift nichts davon, daß Bonn nun — zwanzig Jahre nach Kriegsende — sich dazu entschlossen hätte, die aus der Niederlage Hitlerdeutschlands hervorgegangenen Grenz- und Machtverhältnisse anzuerkennen. Wohl will die Bundesregierung keine Gebietsforderungen an die Tschechoslowakei mehr stellen, aber der ihr angehörende Minister Seeböhm, der Vertrauensmann der «Sudetendeutschen» im Bonner Kabinett, hat ausdrücklich das «Recht auf Heimat» und auf Wiedererstattung des verlorenen Eigentums im Namen seiner Landsleute aufrechterhalten. Und was die Oder-Neiße-Grenze gegen Polen betrifft, so hält Bonn daran fest, daß darüber erst mit einer «freigewählten» gesamtdeutschen Regierung verhandelt werden könne. Zuerst also — bedeutet das — muß die Deutsche Demokratische Republik verschwinden; und wenn dann deutsche und amerikanische Truppen an Oder und Neiße stehen, der militärische Druck auf den Osten also direkt wirken kann, ohne daß eine DDR dazwischen liegt, dann rollt «Gesamtdeutschland» die Grenzfrage auf. In Polen, aber auch in der Sowjetunion — die das frühere ostpreußische Königsberg an sich genommen hat — versteht

man nur zu gut, was das in sich schließt. Und das Ganze nennt sich «westdeutsche Friedensinitiative»! Ist es «nur» menschenverachtender Zynismus, was hinter diesem Vorstoß steht, oder einfach der alte, sich selbst maßlos über- und die anderen unterschätzende deutsche Machtwahn, der schon zu zwei Weltkriegen geführt hat und es anscheinend auch auf einen dritten ankommen läßt, wenn ihm die übrige Welt nicht endlich mit unerschütterlicher Festigkeit entgegentritt?

«Formierte Gesellschaft» Man stößt jedenfalls immer wieder auf die Tatsache, daß Westdeutschland seine unglückselige militaristisch-imperialistische Vergangenheit noch lange nicht bewältigt hat. Und wie mit seiner Außenpolitik, so steht es auch mit seiner Innenpolitik. Auch hier vollzieht sich immer offenkundiger die Wiederannäherung an die angeblich überwundene Vergangenheit, an den Diktaturstaat, der nur in neuen, scheindemokratischen Formen wiederauflebt. Und zwar geschieht das bei den führenden Politikern ganz bewußt und planmäßig. Ein Lieblingsausdruck Bundeskanzler *Erhards*, den er immer wieder verwendet, ist bekanntlich, daß es in der Bonner Republik jetzt gelte, eine «*formierte Gesellschaft*» herzustellen. Bei diesem Tun, so sagte Erhard vor einem Jahr am Wirtschaftstag seiner Partei, der Christlich-Demokratischen Union, könne man «es sich nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten». Und ähnliche Wendungen gebrauchte er in seiner Regierungserklärung nach der Neuwahl des Bundestags, in der er verlangte, die angeblich neue Lage, die jetzt entstanden sei, müsse «mit neuen Mitteln gemeistert werden». In der «Stimme der Gemeinde» (Nr. 7/1966) deutet Arno Klönne die Absichten des westdeutschen Kanzlers wohl richtig, wenn er feststellt: «Es geht Erhard darum, Deutschland der Welt gesammelter und geschlossener zu präsentieren, es geht um ‚Straffung‘, um ‚Disziplinierung‘, um ‚Entschlossenheit‘, dies durchaus nicht nur im Hinblick auf wirtschaftliches Verhalten, sondern auch, um die staatliche Autorität zu stärken, zumal ‚wirtschaftliche Kraft sich ummünzt in politische Stärke‘. Nicht ohne drohenden Unterton heißt es in Erhards Regierungserklärung, daß ‚innen- und außenpolitische Illusionen parlamentarischer Einzelgänger‘ heute nicht mehr ‚hingehen‘ dürften; im übrigen sei ‚die Regierung verpflichtet, auch dann zu handeln, wenn sie der öffentlichen Zustimmung nicht in jedem Augenblick sicher sein könnte‘. Das Ende der Nachkriegszeit soll nach dem Willen Erhards bedeuten: Stärkung der Staatsautorität (durch Notstandsgesetze, Reform des Haushaltsrechts unter Zurückdrängung der Einflüsse der Länder), Disziplinierung der öffentlichen Meinung (deren kritische Einstellung laut Regierungserklärung ‚oft genug die Identifikation der Deutschen mit ihrem Staat erschwert hat‘), Disziplinierung der sozialen Auseinandersetzungen (Abwehr gewerkschaftlicher Mitbestim-

mungsforderungen, lohn- und tarifpolitische Selbstbescheidung der Gewerkschaften).»

Im Vordergrund steht zunächst die Durchdrückung der sogenannten *Notstandsgesetzgebung*, die vor den Bundestagswahlen vom letzten Herbst wegen des Widerstands der Gewerkschaften ins Stocken geraten war. Die Sozialdemokraten gaben deren Druck damals nach und verzichteten im Hinblick auf die Wahlen darauf, zu einer Änderung der Bundesverfassung Hand zu bieten, wie sie für einen Teil der Notstandsgesetze erforderlich ist. Inzwischen scheint nach Zeitungs-meldungen zwischen Regierung und «Opposition» eine Verständigung erzielt worden zu sein, die die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag sichern würde. Ob die Gewerkschaften ihren Widerstand aufgeben oder doch wesentlich mildern werden, steht allerdings dahin; bisher sieht es bei ihnen nicht nach Einlenken aus. Sicher ist nur, daß die Führerschaft der Sozialdemokratischen Partei unter dem unheilvollen Einfluß von grundsatzlosen Strebern wie Wehner und Brandt zu jedem Kompromiß bereit ist, um nur ja ihre «staatsmännische» Grundhaltung und ihre voll zuverlässige Regierungsfähigkeit beweisen zu können. Um Wehner hat es zwar in der letzten Zeit innerhalb der Sozialdemokratie etwelche Auseinandersetzungen gegeben; aber die — leider ohne Nennung der Verfasser erfolgte — Veröffentlichung einer Kampfschrift gegen den allmächtigen «Generalsekretär» hat dem abgebrühten Machtpolitiker offenbar wenig Eindruck gemacht und auf jeden Fall seine Stellung in der immer mehr «verwehnerten» Partei nicht erschüttert.

Für die «formierte Gesellschaft», die sich in Westdeutschland entwickelt, bildet die Sozialdemokratie keinesfalls ein starkes Hindernis. Hinter dieser Entwicklung steht eben die ganze mächtige Triebkraft des modernen Kapitalismus, den die Sozialdemokratie auf dem Papier ablehnt, dem sie aber keine irgendwie wirksame Gegenkraft entgegenzustellen fähig oder auch nur willens ist. Es ist der gleiche Vorgang, der sich seit Jahrzehnten in allen Industrieländern mit «freier» — in Wahrheit monopolistisch ausgerichteter — Wirtschaft abspielt: die *Ausböhlung der Demokratie* durch den immer deutlicher seinen Diktaturcharakter enthüllenden Kapitalismus. Demokratie und Freiheitsrechte sind zur toten Form ohne lebendigen Inhalt geworden, so götzenhaft sie auch von den Trägern der bestehenden gesellschaftlichen Ordnungen verherrlicht werden, die es meisterhaft verstehen, die demokratischen Formen für ihre Herrschaftszwecke auszunützen. Wolf Schenke sagt es ganz richtig in der Hamburger «Neuen Politik» (2. April):

«Die politische Mitbestimmung des Volkes ist in dem gegenwärtigen Zustand eine Fiktion . . . Heute baut ein kleiner Stab von Massenpsychologen und Demoskopen genau wie in einer Waschmittelfirma für die hauptsächlichen Kandidaten ein ‚image‘ (Persönlichkeitsbild) auf, schafft von ihnen ein künstliches Bild, wie es bei den Massen ,an-

kommt'. Unterschwellige Appelle bringen schließlich den Massenmenschen dazu, sich für einen bestimmten Kandidaten oder eine Partei zu entscheiden, ohne daß er überhaupt weiß, was ihn dazu gebracht hat.» (Wer für diesen Vorgang in unserer «reindemokratischen» Schweiz ein Beispiel sucht, braucht sich nur an die jüngste Zürcher Stadtpräsidentenwahl zu erinnern.)

«Die Massendemokratien, die wir aus der Geschichte kennen», so fährt W. Schenke fort, «endeten alle in der diktatorischen Herrschaft eines einzelnen. Auch in Deutschland nahm die Entwicklung — es ist noch gar nicht so lange her — schon einmal dieses Ende. Heute wird schamhaft verschwiegen, daß *Adolf Hitler* vor 1933 in demokratischen Massenwahlen, bei denen die Stimmabgabe noch nicht einmal halb so manipuliert wurde wie heute, die weitaus stärkste Fraktion im Parlament zusammenbekam. Es ist weiter eine Tatsache, daß sich, nachdem Hitler die Regierungsgewalt übernahm, mit der Zeit über 90 Prozent der Wähler für ihn erklärten . . . Als die Bundesrepublik von denselben Kräften gegründet wurde, die es in der Weimarer Republik nicht fertiggebracht hatten, Hitler zu verhindern, bauten diese in das Grundgesetz vermeintliche Sicherungen gegen eine Wiederholung ein, von denen keine einzige wirksam ist.»

Es sind dies eben die «Sicherungen», die jetzt durch die Notstandsgesetzgebung teilweise wieder beseitigt werden sollen, deren notgesetzliche Änderung aber kaum die entscheidende Bedeutung hätte, die ihr zugeschrieben wird. Daß der Kampf dagegen trotzdem geführt werden muß, ist selbstverständlich; ihre Beseitigung würde aber nur eine Entwicklung vollends ganz offenbar machen, die mit oder ohne Verfassungsänderung sowieso schon längst unterwegs ist, die aber nur durch einen gründlichen Umbau der *Wirtschaftsverfassung* aufgehalten werden kann. Solang das nicht der Fall ist, wird eben die «formierte Gesellschaft» auch ohne entsprechende gesetzliche Formen ihren Weg machen. An Beispielen für eine solche Politik «außerhalb der Gesetzlichkeit» fehlt es ja gerade in Westdeutschland keineswegs; man denke nur an die «Spiegel»-Affäre und die Machenschaften des ganzen Kreises um Franz Josef Strauß . . .

England hat gewählt Daß in *Großbritannien* die Demokratie, und mit ihr auch der Sozialismus, viel tiefere Wurzeln hat als in Deutschland, besonders solche geistiger Art, unterliegt keinerlei Zweifel. Aber gerade darum wird auch beider Verderbnis und Zerfall dort von den Besten besonders schmerzlich empfunden. Die *Neuwahl des Unterhauses* hat dafür wieder einen bedenklichen Anschauungsunterricht geboten.

Der Wahlkampf selber war bereits merkwürdig schwunglos. Als er hätte so richtig im Gang sein sollen, schrieb der «*New Statesman*» (18. März), von einer verstandesmäßig geführten Auseinandersetzung

zwischen den Parteien sei fast nichts zu bemerken. «Der Wähler kann unbedingt sicher sein, daß er nichts anderes zu hören bekommt als Lügen, Halbwahrheiten, Nebensächlichkeiten, Beschimpfung und Phrasengedresch.» Der Sieger bei diesem eigentümlichen Wettbewerb blieb, wie allgemein erwartet, die *Labourpartei*. Sie hat mit ihren 363 Sitzen — 99 mehr als die übrigen Parteien zusammen bekamen — eine Mehrheit im Parlament errungen, die billigerweise als Ausdruck von Volksvertrauen ausgelegt werden darf, auch wenn die Partei nur 47,9 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Aber was wird und darf sie mit dieser sicheren Mehrheit anfangen? Das ist vorerst ziemlich dunkel. Es ging ja bei diesem «Wahlkampf» gar nicht um Grundsätze, sondern nur um Männer. Wilson oder Heath — das war die Frage, und Wilson hat gewonnen. Man hat zur Erklärung für diese ungewöhnliche Fragestellung darauf hingewiesen, daß bei der zunehmenden Verwickeltheit der politischen Probleme der gewöhnliche Wähler eben kein sicheres, sachliches Urteil mehr über die zur Lösung stehenden Staatsaufgaben haben könne und sich darum an die ihm mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten halten müsse, die dieses oder jenes Programm vertreten. Aber damit wäre — auch in viel kleineren, übersichtlicheren Verhältnissen, wie sie etwa in der Schweiz vorliegen — die moderne Demokratie überhaupt verurteilt, und diese Folgerung wollen wir dann doch nicht aus einem an sich nicht bestreitbaren Tatbestand ziehen. Wir müssen viel eher nach neuen *Formen* der Demokratie, der politischen Selbstbestimmung des Volkes, suchen, besonders auch durch Sicherung der politischen Demokratie von einer demokratisierten Wirtschaft her, die in der Selbstverwaltung der Betriebe mit Beteiligung der Arbeiter und Angestellten verankert sein müßte.

Aber daß es diesmal bei den britischen Wahlen zu keiner echten Auseinandersetzung über *grundsätzliche* Fragen kam, über die der einzelne Wähler durchaus ein eigenes Urteil haben kann, das hat ja seinen Hauptgrund darin, daß die Führer der Labourpartei, mit Wilson an der Spitze, absichtlich jeder solchen Erörterung auswichen und alles Grundsätzliche, Programmatische auf der Seite und im Unklaren ließen, um ja nicht durch die Verfechtung sozialistischer Forderungen diejenigen Wählerschichten abzustoßen, die von solchen Forderungen gerade nichts wissen wollen. Und mit dieser Taktik haben sie auch Erfolg gehabt. So blieb in den Wählern und Wählerinnen nur das Bild Wilsons als eines gemütlichen, pfeifenrauchenden Biedermanns haften, eines witzigen, schlagfertigen Debatteredners, der die Lacher immer auf seine Seite brachte und dem man beruhigt seine Stimme geben konnte.

Schon das ist ein für echte Demokratie ungesunder, unwürdiger Zustand. Er ist aber noch besonders gefährlich darum, weil es vor allem bei Wilson nicht nur demagogische Taktik ist, sich nicht vor der Zeit auf bestimmte Richtlinien festzulegen, sondern weil es ihm über-

haupt in einem beunruhigenden Maß an den sozialistischen Grundsätzen fehlt, die er eigentlich vertreten sollte. Er liebt die Macht — aber kein Mensch weiß, wozu er sie zuletzt gebrauchen wird. Dies um so weniger, als in allen Staaten die Machtfülle der Regierung und ihrer führenden Persönlichkeiten im Vergleich zu den Befugnissen der Volksvertretung immer mehr anwächst und man um so genauer wissen muß, was ein Regierungschef mit der Macht anzufangen gedenkt, die Volk und Parlament ihm übertragen. Und das ist gerade bei Wilson nicht der Fall, der seine Minister ganz offen als beliebig auswechselbare Gehilfen behandelt, die eher Verwaltungstechniker als Politiker sein sollten. Auch der Chefredakteur des «New Statesman», Paul Johnson, der Wilsons Geschicklichkeit, Erfahrung und Intelligenz höchstes Lob spendet, muß gestehen: «Seine (Wilson's) Grundsätze sind tatsächlich unbekannt . . . Er ist ein Politiker, der die Linke seiner Partei benützte, um die Rechte zu schlagen, und sich dann fest in der Mitte eingrub. Darin ist nichts Unrechtes (?); aber man muß fragen: Was sind die Glaubenssätze der Mitte? Die Partei zusammenhalten? Am Ruder bleiben? Das sind wunderbare Ziele, aber keine Glaubenssätze. Wenn mit irgend etwas, so hat es Wilson mit dem Begriff von tüchtiger Leistung zu tun. Das ist wiederum an sich ausgezeichnet, aber als politische Zielsetzung ist es sittlich neutral.»

Das heißt also: Wilson kann und wird wohl mit seiner Mehrheit und seiner Machtfülle anfangen, was ihm für den Augenblick zweckmäßig erscheint, ohne daß er sich durch unbequeme Grundanschauungen hemmen läßt. Wozu er fähig ist, das hat er mindestens in der Außenpolitik gezeigt, als er sich zur Unterstützung des amerikanischen Vietnamkrieges entschloß. Auch die unter dem Druck eines engstirnigen Nationalismus verfügte Beschränkung der Einwanderung von Farbigen aus Ländern des britischen Commonwealth schlug allen sozialistischen und internationalistischen Begriffen ins Gesicht. Man wird darum zwar von der zweiten Regierung Wilson alles mögliche Neue, Zeitgemäße, Fortschrittliche erwarten dürfen, auch einen kräftigen Ausbau des Wohlfahrtsstaates — aber keine entscheidenden Schritte in der Richtung auf ein sozialistisches England und gar auf die Überwindung des amerikanischen Imperialismus und des westlichen Antikommunismus, dieser Hauptursache des Kalten Krieges, der noch immer in den «heißen» Atomkrieg umzuschlagen droht.

Die Weltlage hat sich somit durch den Laboursieg nicht verbessert, vielleicht eher noch verschlechtert. Natürlich hängt nicht alles an Großbritannien, auch nicht an Amerika, um von anderen Ländern wie Westdeutschland zu schweigen. Was zum Beispiel in der Sowjetunion und in China geschieht, hat ganz wesentliche Bedeutung. Ich hätte darum auch gern hier noch einiges über den 23. Parteitag der Sowjetkommunisten gesagt, der an sich zwar wenig Neues brachte, aber immerhin die Richtung der Moskauer Politik für die nächste Zeit einigermaßen festlegte. Doch muß und kann das für heute unterbleiben, um

so mehr als die «neue Wirtschaftspolitik» der Sowjetunion wie der ost- und mitteleuropäischen Volksrepubliken im nächsten Heft unserer Monatsschrift einläßlicher behandelt werden soll. Inzwischen hoffen wir von Monat zu Monat auf ein solches Ende des Mordens in Vietnam, daß daraus auch ein Anstoß zu wirklicher Entspannung der Beziehungen unter den führenden Weltmächten hervorgehen kann. Wenn es wenigstens dahin käme, wäre schon viel gewonnen; die Wendung der *gesamten* Weltlage, nach der wir immer ausschauen, wird zu ihrer Zeit dann gewiß auch Wirklichkeit werden.

9. April

Hugo Kramer

Margarete-Susman-Gedenkstätte

Angehörige und Freunde von Margarete Susman beabsichtigen, die verstorbene Dichterin durch eine Baumpflanzung in Israel zu ehren. Wenn 1000 Bäume gestiftet werden, wird die Baumgruppe einen besonderen Margarete-Susman-Hain bilden.

Jeder Baum kostet 10 Franken. Spenden können eingezahlt werden mittels Einzahlungsschein auf das Postscheckkonto des Keren Kayemeth Leisrael, Zürich, Nr. 80-6308, «Margarete-Susman-Hain», oder auf das Bankkonto des Keren Kayemeth Leisrael bei der Bank Leumi, Jerusalem, «Margarete-Susman-Hain».

Der Sohn Margarete Susmans, Herr Erwin von Bendemann, London, wird eine Mitteilung über die eingegangenen Spenden erhalten.

Bitte geben Sie diese Anregung weiter an andere, die sich vielleicht auch gern an der Errichtung dieser Gedenkstätte beteiligen möchten.

Der Präsident: Dipl. Ing. Robert Tausky